

Ltg.-111-1/A-3/2-2013

## **ANTRAG**

der Abgeordneten Mag. Mandl und Dr. Von Gimborn

gemäß § 34 LGO

zum Antrag LT-111/A-3/2-2013

betreffend **unzureichende Ausstattung des NÖ Bildungswesen im Bereich des Personal seitens des Bundes**

In Niederösterreich steht die Modernisierung und Weiterentwicklung der umfassenden Bildungslandschaft im Vordergrund. Mit Nachdruck und großem Bemühen ist es Ziel, das Bildungssystem in unserem Bundesland auf die vielseitigen Anforderungen der Zukunft bestmöglich vorzubereiten. Daher kann moderne Bildungspolitik nur bedeuten, den Schwerpunkt auf die Förderung der individuellen Stärken der Schüler zu legen sowie ausreichend Unterstützung und Mittel zur Führung und Gestaltung eines qualitativ hochwertigen Schulbetriebes zur Verfügung zu stellen.

In jenen Schulbereichen, in denen das Land Niederösterreich Gestaltungsspielraum hat, setzen wir uns besonders dafür ein, dass Lehrer und Schüler aber auch die Eltern der Schulkinder bestmögliche Voraussetzungen vorfinden und sich der Unterricht ganz auf die pädagogisch hochwertige Vermittlung von Wissen konzentrieren kann.

Damit wir allen Schülerinnen und Schülern die Chance auf höchste Qualität in ihrer Bildungslaufbahn gewähren können, bedarf es über jene Maßnahmen hinaus, die das Land NÖ setzt, eines koordinierten Zusammenspiels und einer zielgerichteten Vorgehensweise aller Bildungsverantwortlichen. So sind den Ländern in vielen Bereichen die Hände gebunden, nämlich genau dann, wenn es um die Schaffung

gesetzlicher Grundlagen im Unterricht und um die ausreichend personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen geht.

Die Aufgabenstellungen der Schule haben sich in den letzten Jahren stark geändert und erweitert. Das Lehrpersonal kann die umfangreichen und oftmals ausbildungsfremden Anforderungen und Aufgaben nicht vollständig abdecken. Damit sich LehrerInnen und Lehrer auf ihre pädagogische Tätigkeit und die hochwertige Vermittlung von Wissen konzentrieren können, benötigen sie umgehend dementsprechend geschultes Unterstützungspersonal.

Der Einsatz von Interkulturellen MitarbeiterInnen mittels Sondervertrag an den Volksschulen in Niederösterreich als Pilotprojekt ist mit Schuljahr 2012/2013 ausgelaufen, da seitens des Bundes keine Dienstposten für die dauerhafte Einrichtung im Schulbereich geschaffen wurden. Im Zuge der aktuellen Lehrerdienstrechtsverhandlungen sollte die Frage über zusätzliches Lehr- und Unterstützungspersonal jedenfalls mitberücksichtigt werden.

Das Land Niederösterreich nimmt seine Aufgabe im Bereich der sprachlichen Frühförderung mit voller Kraft und großem Bemühen in genau jenen Zuständigkeitsbereichen wahr, in denen das Land Akzente setzen und punktgenaue Angebote schaffen kann, nämlich im Bereich des Kindergartens. So wurde die Zahl der Interkulturellen MitarbeiterInnen im Laufe des vergangenen Kindergartenjahres nahezu verdoppelt. Im aktuellen Kindergartenjahr werden insgesamt 150 Interkulturelle MitarbeiterInnen die Kinder und Eltern mit fremdsprachlichem Hintergrund im vorschulischen Bereich unterstützen, als wertvolle Unterstützung der KindergartenpädagogInnen sowie als wichtige Ansprechpartner für die rund 8.000 mehrsprachigen Kinder und Eltern.

Handlungsbedarf des Bundes besteht daher in den Bereichen interkulturelle Mitarbeit, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit und Personalbereitstellung für administrative Tätigkeiten. Der Bund muss seine Verantwortung im Bildungsbereich, insbesondere im Bereich der Personalausstattung wahrnehmen.

Seitens der für Bildung zuständigen Landesrätin Mag. Barbara Schwarz wurde bereits mittels Schreiben an die zuständige Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur Dr. Claudia Schmied Kontakt aufgenommen und um eine ehestmögliche Terminvereinbarung zur Bildungsthematik ersucht.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **A n t r a g:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung, insbesondere bei der zuständigen Bundesministerin für Unterricht und Kunst mit Nachdruck darauf zu drängen, dass es, wie von Landesrätin Mag. Barbara Schwarz bereits schriftlich ersucht, rasch zu Gesprächen über Bereitstellung von Personal im Bildungsbereich, insbesondere in den Bereichen interkulturelle Mitarbeit, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit und Personal für administrative Tätigkeiten kommt.
2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag LT-111/A-3/2-2013 miterledigt.“